

KOMMUNAL.

KAMPF GEGEN COVID-19

Coronavirus: So klappt ein Pandemieplan

VON GUDRUN MALLWITZ

Redakteurin | KOMMUNAL

15. MAI 2020

Wenn Wirklichkeit auf Plan trifft: Dortmund hat einen Pandemieplan für den Notfall erstellt. Er wurde mit 1,5 Millionen Euro gefördert. Was davon im Kampf gegen das Corona-Virus übrig bleibt - und was andere Kommunen daraus lernen können.

Die Stimmung ist angespannt, als der Krisenstab der Stadt Dortmund das erste Mal tagt. Im großen Sitzungssaal des Rathauses trifft sich eine große Runde: etwa 50 Männer und Frauen aus der Verwaltung, der Feuerwehr, den Versorgungsbetrieben und den Kliniken kommen zusammen. Es ist der 27. Februar, 11 Uhr.

Pandemieplan für 1,5 Millionen Euro

An jenem Donnerstag hat Dortmund noch keinen einzigen bestätigten Covid-19-Fall. Doch die Stadt will früh dran sein – und das kann sie auch. Sie ist bestens vorbereitet: Mit einem Pandemieplan, erarbeitet vom Institut für Feuerwehr- und Rettungstechnologie. 1,5 Millionen Euro hat das Bundesforschungsministerium für das Projekt GenoPlan bereitgestellt. Von den Erfahrungen Dortmunds sollen bundesweit andere Kommunen profitieren, so die Hoffnung.

Corona-Virus statt Influenza

Acht Jahre hat es gedauert bis zum ersten Praxistest. KOMMUNAL will wissen: Was haben die 58 Seiten im Kampf gegen die weitere Ausbreitung

des Corona-Virus der größten Stadt im Ruhrgebiet im Praxistest tatsächlich bislang gebracht? „Der Plan ist in der Corona-Krise eine prima Grundlage für unsere Arbeit“, sagt die Leiterin des Krisenstabes, Birgit Zoerner. „An sehr vielen Stellen gehen wir danach vor.“ Alles aber lässt sich dann doch nicht übertragen. Das beginnt schon damit, dass der seit 2012 vorliegende Pandemieplan von einer Influenzapandemie ausgegangen war.

Corona-Viren gab es damals zwar schon, doch niemand hätte sich damals vorstellen können, dass sie für die Menschen rund um den Erdball gefährlich werden könnten. „Wir mussten den Leitfaden daher an mehreren Stellen überarbeiten“, sagt die Krisenstableiterin.

Erfahrungen in Flüchtlingskrise gesammelt

Birgit Zoerner ist Dezernentin für Arbeit, Gesundheit und Soziales und hat in der 600.000-Einwohner-Stadt auch ohne Corona genügend Aufgaben, um die sie sich kümmern muss. Als Oberbürgermeister Ullrich Sierau die 59-Jährige an die Spitze des Krisenstabs berief, baute er auf eine Frau mit Erfahrung: Denn dies ist bereits ihr zweiter großer Krisenstab-Einsatz. 2015/2016 bekam Dortmund über 7.000 Flüchtlinge zugewiesen, sie sollten alle untergebracht und betreut werden. „Die Entscheidungen mussten damals in einer unglaublichen Geschwindigkeit getroffen werden“, erinnert sich die Sozialdezernentin.

Dortmunds Sozialdezernentin empfiehlt frühen Krisenstab

Von diesen Herausforderungen hat Birgit Zoerner stark profitiert. Sie rät anderen Kommunen: „Ein Krisenstab bietet die beste Struktur, um in komplexen Lagen zielgerichtet und zeitnah erfolgreich zu arbeiten“. So setzt Dortmund auch bei „kleinen Lagen“ ein solches Gremium ein. Dortmund war auch die erste Stadt in Nordrhein-Westfalen, die diese Struktur in der Corona-Krise hochgefahren hat. „Noch deutlich vor dem ersten nachgewiesenen Covid-19-Fall in Dortmund“, wie die Krisenmanagerin betont.

Arbeitsgruppen als Grundlage für Entscheidungen

Anderthalb Stunden berät der Krisenstab beim ersten Treffen mit den städtischen Kliniken. Schon damals ist die wesentliche Frage: Hat Dortmund genügend Klinikbetten, wenn immer mehr Menschen an Corona

erkranken? Wie sieht es mit den Intensivbetten aus? Reichen die Beatmungsplätze aus? Inzwischen gibt es für die Krankenhaus-Koordinierung eine eigene Arbeitsgruppe, sie ist eine von zwölf, dazu kommen diverse Untergruppen. All diese Gremien bilden die Grundlage dafür, dass die Leitung fundierte Entscheidungen treffen kann.

Dortmund plant 1800 zusätzliche Krankenhausbetten

Und es sind zahlreiche Entscheidungen zu fällen: Dortmund plant schließlich schrittweise 1.800 zusätzliche Krankenhausbetten und 200 weitere Beatmungsplätze für Corona-Patienten. Verschiebbare Operationen werden rasch runtergefahren. Die Beatmungsgeräte aus den OP-Sälen stehen so für weitere Betten zur Verfügung. Von Anfang an setzt Dortmund stark auf Corona-Tests und schafft dafür die Kapazitäten. Das Zwischenfazit der Verantwortlichen: Bisher funktionieren Notversorgung und Unterbringung der Corona-Patienten gut.

Corona-News-Ticker auf Homepage der Stadt

Als Ziele nennt der Pandemieplan die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, die Erkrankungs- und Sterberaten zu minimieren und die Infrastruktur sowie Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Wichtig auch ein zuverlässiges Informationsmanagement der Kommune. Auf ihrer Homepage hält die Stadtverwaltung die Bürger deshalb mit einem Corona-News-Ticker auf dem Laufenden, die interne Kommunikation läuft wie bei allen Kommunen stärker als sonst über digitale Wege. Denn viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Homeoffice.

Desinfektionsmittel sind knapp

Worin unterscheidet sich die Praxis besonders deutlich von der Theorie? Ein Beispiel: Laut Pandemieplan sollten für jeden Beschäftigten in der größten Risikogruppe, also Ärztinnen und Ärzte oder Pflegekräfte, 300 Mund-Nasen-Schutz-Masken für acht Wochen zur Verfügung stehen, dazu 2 Liter Händedesinfektionsmittel und 2 Liter Flächendesinfektion. Aber in der Realität gibt es deutschlandweit Engpässe.

Matthias Gahlen, Geschäftsführer des Krisenstabs, sagt: „Wir sind dennoch gut klargekommen. Von einer riesigen Vorratshaltung halte ich wenig, wegen der Ablaufdaten.“ Wichtig sei dagegen ein gutes Einkaufsmanagement. Gahlen ist Branddirektor und seit 44 Jahren bei der

Feuerwehr. Er zieht ein positives Zwischenfazit: „Alle Beteiligten arbeiten sehr lösungsbezogen zusammen.“

Ständig neue Corona-Erlasse

Krisenmanagement kennt keinen Acht-Stunden-Tag. „Ich hatte über Wochen kein freies Wochenende“, erzählt Krisenstabsleiterin Birgit Zoerner. Ständig neue Erlasse müssen umgesetzt werden – ob es um die Ausweitung der Kindernotbetreuung geht oder um die Corona-Aufnahmeverordnung.

Beklagen will sie sich aber nicht. Sie mache den Job gern, betont sie. Auch wenn mal was nicht so gut läuft. So wie letztens. An einem Sonnabend wurde überraschend eine Lieferung von Schutzmasken und Schutzanzügen angekündigt. „Wir bereiteten umgehend alles vor, standen parat, doch nichts tat sich.“

Später stellte sich heraus: ein Kommunikationsfehler. Die Schutzausrüstung kam dann eine Woche später. Fazit: Ein guter Plan ist wichtig, in der Krise zählt dann aber Flexibilität.

Redaktionsadresse:

KOMMUNAL

Zimper Media GmbH

Reinhardtstr. 31, 10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 8145012-600

Fax: +49 (0) 30 8145012-690

Mail: redaktion@kommunal.de

Die Stunde der Pandemie-Pläne

FAZ

Viele Kommunen waren nicht vorbereitet auf die Corona-Krise – zumindest für die mögliche zweite Welle soll es anders werden / Von Mona Jaeger

Die Linthardt Wittenberg ist berüht, aber auf dem Papier eben auch eine mittelgroße Stadt mit rund 47 000 Einwohnern, wie es viele in Deutschland gibt. Die Corona-Pandemie ging an der Stadt in Sachen-Anhalt nicht spurlos vorbei, aber verschonte sie doch weitestgehend, wie viele Gebiete im Osten Deutschlands. Trotzdem hat man sich für den absoluten Notfall gewappnet. Seit wenigen Wochen verfügt die Stadt über einen eigenen Pandemie-Plan, um bei künftigen Corona-Wellen und anderen Pandemien eine Handhabe zu haben. Oberbürgermeister Torsten Zugehör hatte Anfang April mitgeteilt, dass die Verwaltung einen solchen Plan erarbeite. Rund 50 Seiten stark ist er nun. Wittenberg will Vorreiter sein.

Zugehör sagte damals, er gehe davon aus, dass es in absehbarer Zeit für Kommunen sowieso zur Pflicht werden würde, einen solchen Plan aufzustellen. Bislang haben der Bund und die Länder eigene Pandemie-Pläne, außerdem müssen die Landkreise und die kreisfreien Städte über einen Pandemie-Plan verfügen. Zwar konnte auch der beste Pandemie-Plan die Besonderheiten des Coronavirus nicht vorhersehen, etwa, wie wichtig das Verfolgen von Infektionsketten ist. Doch schlummernden die Pläne vielerorts seit Jahren in irgendwelchen Schubladen, ohne dass sie regelmäßig angeschaut oder gar aktualisiert worden wären. Jetzt, in der Lockdowns-Phase, kommt es besonders auf das Krisenmanagement der Kreise und Kommunen an. Es ist mit regionalen und lokalen Ausbrüchen zu rechnen, auf die schnell

reagiert werden muss – um Menschenleben zu retten, und um eine Rücknahme der Lockerungen zu verhindern. Einige Kreise und Städte sind gut darauf vorbereitet. Bislang ist es gelungen, neu auftretende Hotspots einzudämmen. Aber es stellt sich auch die Frage, ob überall in ruhigen Zeiten gut genug für den Ausnahmezustand vorgesorgt wurde. Eine Umfrage der Zeitschrift „Kommunal“, die vom Deutschen Städte- und Gemeindebund herausgegeben wird, ergab kürzlich, dass nur 79 Prozent der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern einen solchen Notfallplan vorlegen hatten. Bei den Kommunen mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern waren es 42 Prozent. Nur jeder Vierte der 2300 Bürgermeister, die sich an der Umfrage beteiligten, sagte, der vorhandene Plan sei in der Krise weitgehend anwendbar gewesen. Zwei Drittel sagten, die Pläne seien nur teilweise anwendbar gewesen. Fünf Prozent meinten gar, sie hätten mit dem eigenen Plan in der Krise nichts anfangen können.

Veraltete Pläne in den Ländern

Die vorhandenen Pandemie-Pläne haben die notwendigen Maßnahmen in der Corona-Krise teilweise unterstützen können. Für den Umgang mit einer völlig neuen Krankheit wie Corona passten sie aber nicht hundertprozentig, sagt Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städteverbandes, dieser Zeitung. Die vorhandenen Pandemie-Pläne seien vor allem auf einen Influenza-Ausbruch ausge-

richtet. „Sie werden aber für die Zukunft an die Corona-Anforderungen angepasst“, sagt Dedy. Dazu tauschen sich die Städte untereinander aus. „Denn wir müssen mit einer weiteren Corona-Welle in den kommenden Monaten rechnen und wollen dafür vorbereitet sein.“

Die Stadt Wittenberg gehört zum Kreis Wittenberg, einen eigenen Pandemieplan hätte sie also eigentlich nicht gebraucht. Trotzdem gibt es jetzt das Papier. Es beschreibt detailliert, welche Vorbereitungen die Verwaltung zu treffen hat, um das öffentliche Leben im Pandemiefall aufrechtzuerhalten. Wie ist die personelle Besetzung in welcher Abteilung, wer kommt im Schichtbetrieb ins Rathaus, wer arbeitet von zu Hause aus? Der Plan sieht vier Farben vor, die den Grad der Eskalation anzeigen. Magenta steht für den Katastrophenfall, dann gibt es Ausgangsperren, und das gesamte öffentliche Leben wird stillgelegt. So weit kam es in Wittenberg bislang zum Glück nicht.

Der Brand- und Katastrophenschutz war federführend bei der Erarbeitung. Die Stadt machte Inventur: Die Kapazitäten von Kliniken und Heimen wurden abgefragt, auch bei den Kitas erkundigte man sich. Bei den Stadtwerken und dem örtlichen Rechenzentrum, beides zählt zur kritischen Infrastruktur, wurde nachgefragt, ob es eigene Pandemie-Pläne gibt. Durch den Plan kamen alle Stellen der Stadt miteinander in Kontakt.

Ein Problem dürfte es vielerorts sein, dass in virusfreien Zeiten nur wenig Arbeit in Notfallpläne gesteckt wurde – obwohl das geschmackvoller im Verwaltungsal-

dem genau der richtige Zeitpunkt gewesen wäre. So ist der Influenza-Pandemieplan des Landes Brandenburg nach Angaben der Internetseite auf dem Stand von Dezember 2007. Der des Saarlandes sogar von 2006. Sachsen-Anhalt verweist zumindest darauf, dass der Plan, beschlossen 2006, regelmäßig aktualisiert werde. Politiker können sich mit der Gefahrenabwehr nicht profilieren, sagt Martin Sommer, Kreisdirektor des Kreises Steinfurt.

Krisenstabsstruktur mit Leben füllen „Viele Kommunen leben von der Hand in den Mund, es fehlt das Personal, das sich um die Aktualisierung der Pläne kümmern könnte“, sagt Christian Haase, CDU-Bundestagsabgeordneter und kommunalpolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Er war selbst neun Jahre lang lang Bürgermeister der Stadt Beverungen in Nordrhein-Westfalen. „Alle Pläne sind zu überarbeiten“, sagt Haase. In seiner Kommune sei das Szenario eines flächendeckenden Stromausfalls als das Wahrscheinlichste eingeschätzt worden. Eine Pandemie habe man schlicht nicht auf dem Schirm gehabt.

Auch sei zu wenig getübt worden. „Katastrophenschutzübungen waren nach Ende des Kalten Kriegs kalter Kaffee“, sagt Haase. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sagte dazu vor kurzem: „Wir haben auch gute Pandemie-Pläne. Aber wir haben sie nicht genutzt.“

Auch Haase sagt, dass das Krisenmanagement auf kommunaler Ebene bisher gut funktioniert habe. Aber er sagt auch, dass es geschmackvoller im Verwaltungsal-

tag zugehen müsste, um schnell und angemessen zu handeln.

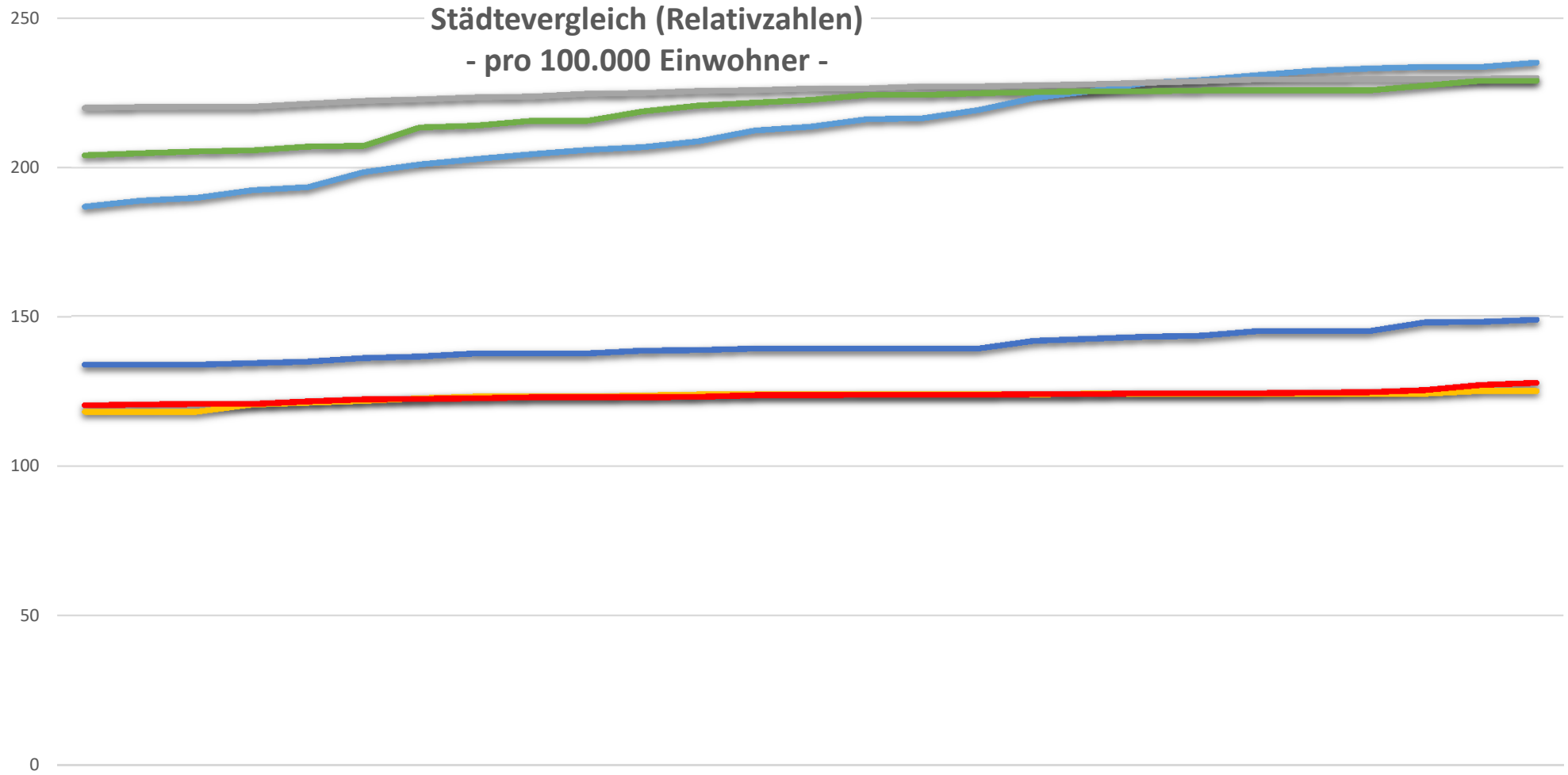
In Dortmund hatte man genau das versucht: frühe Vorbereitung auf den Ernstfall. Zwischen 2009 und 2012 wurde von der Stadt, unterstützt durch 1,5 Milliarden Euro des Bundesforschungsministeriums, ein Leitfadens zur Pandemie-Planung erstellt. Andere Kommunen sollten von der Arbeit Dortmunds profitieren. „Der Pandemie-Plan war eine gute Grundlage, aber wir mussten ihn anpassen“, sagt Birgit Zoerner, Gesundheitsdezernentin und Leiterin des Krisenstabs der Stadt Dortmund. Außerdem nütze der beste Plan nichts, wenn er nicht durch eine Krisenstabsstruktur mit Leben gefüllt werde. Und nicht zu vernachlässigen ist, wer an den Schaltstellen sitzt. Ein Beispiel aus dem Kreis Steinfurt in Nordrhein-Westfalen: Die Leitung des Rettungsdienstes erkannte Anfang Januar, dass Schutzmaßnahmen, die hauptsächlich aus China kommt, knapp werden könnten, weswegen der Jahresbestand aufgestockt wurde. So habe man einen Engpass verhindern können.

Auch in der nordrhein-westfälischen Stadt war man vor allem auf einen Influenza-Ausbruch vorbereitet. Jedoch fing man früh an, den Plan an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Am 27. Februar trat der Krisenstab, der aus etwa 50 Personen besteht, zum ersten Mal zusammen. Zu diesem Zeitpunkt hat Dortmund noch keinen einzigen Corona-Fall. So gab es schon früh klare Meldewege. Als es dann den ersten Fall gab, fünf Tage nach der ersten Sitzung des Krisenstabs, konnte sofort mit der Kontaktnachverfolgung der Infizier-

ten begommen werden. „Wir waren sofort handlungsfähig“, sagt Zoerner.

Nicht alles aus dem gut vorbereiteten Plan war in der Krise brauchbar. Etwa sollen Ärzte und Pflegekräften jeweils 300 Schutzmasken für acht Wochen zur Verfügung stehen, außerdem je zwei Liter Desinfektionsmittel für Hände und Flächen. In der Anfangszeit der Pandemie war der Markt aber leerer. Aus dem Kreis Steinfurt heißt es, niemand hätte sich beim Erstellen eines Plans vorstellen können, wie wichtig Schutzkleidung werden würde. Oder auch die enge Zusammenarbeit mit der kassenärztlichen Vereinigung sein würde, um die Corona-Tests zu organisieren. Die Arbeit des Krisenstabs müsse dann wiederum einfließen in den Pandemieplan. Wichtig sei es jetzt, keinen „Stromgebräus“ zu erleben, wie Zoerner es nennt. Wenn man nämlich merke, dass das schlimmste Szenario aus dem Pandemieplan nicht eingetreten ist und deswegen die Vorbereitung einstellt. Zoerner findet, dass es keinen Anreiz, auch finanziell, gebe, Notfallpläne präventiv mit Leben zu füllen.

Die Pandemie-Pläne neu aufzustellen wird nur Zug um Zug erfolgen, sagt Stadtteagischer Dedy. Die laufende Corona-Krise zu bewältigen gehe vor. Aber danach wird es viel Ausräum- und Aktualisierungsarbeit geben – bis ins letzte wichtige Detail. Der CDU-Abgeordnete Haase musste einige Tage auf sein Corona-Testergebnis warten. Nicht, weil das Labor keine Kapazitäten gehabt hätte. Es war schlicht noch die alte Faxnummer der Kreisverwaltung angegeben worden.



(Quelle: RKI - Meldedaten der Gesundheitsämter gem. §11 IfSG - Darstellung des Meldedatums)

	8. Mai.	9. Mai.	10. Mai.	11. Mai.	12. Mai.	13. Mai.	14. Mai.	15. Mai.	16. Mai.	17. Mai.	18. Mai.	19. Mai.	20. Mai.	21. Mai.	22. Mai.	23. Mai.	24. Mai.	25. Mai.	26. Mai.	27. Mai.	28. Mai.	29. Mai.	30. Mai.	31. Mai.	1. Jun.	2. Jun.	3. Jun.	
Düsseldorf	187,1	189,1	190,1	192,6	193,6	198,6	201,2	203,0	204,6	206,0	207,0	208,9	212,5	213,8	216,2	216,5	219,3	223,3	225,6	228,3	229,3	230,9	232,4	233,2	233,7	233,7	235,1	
Köln	220,0	220,3	220,4	220,4	221,4	222,4	222,9	223,5	223,8	224,7	225,0	225,7	225,9	226,4	226,5	227,2	227,2	227,5	227,9	228,4	228,9	229,5	229,5	229,6	229,6	229,7	230,0	
Bielefeld	118,3	118,3	118,3	120,7	121,3	121,9	122,8	123,4	123,4	123,4	123,7	124,0	124,0	124,0	124,0	124,0	124,0	124,0	124,3	124,3	124,3	124,3	124,3	124,3	124,3	124,3	125,2	125,2
Essen	133,9	133,9	133,9	134,5	135,0	136,2	136,7	137,7	137,7	137,7	138,6	138,7	139,3	139,3	139,3	139,3	139,3	141,8	142,5	143,2	143,5	145,1	145,1	145,1	148,0	148,2	148,9	
Münster	204,3	204,9	205,5	205,8	207,1	207,4	213,5	214,1	215,7	215,7	218,9	220,8	221,7	222,7	224,3	224,3	224,9	225,2	225,6	225,6	225,9	225,9	225,9	225,9	227,5	229,1	229,1	
Dortmund	120,4	120,8	121,0	121,0	121,8	122,5	122,7	122,8	123,2	123,2	123,2	123,3	123,8	123,8	124,0	124,0	124,0	124,2	124,2	124,5	124,5	124,5	124,7	124,9	125,6	127,3	127,9	

Bei den Fallzahlen handelt es sich um die Zahlen, die das Landeszentrum Gesundheit (LZG NRW) für Nordrhein-Westfalen gemäß § 11 Infektionsschutzgesetz (IfSG) erfasst und dem Robert Koch-Institut (RKI) in Berlin meldet. Erläuterungen zum Meldeweg sowie weitere Statistiken und graphische Darstellungen finden Sie direkt beim LZG NRW sowie beim RKI.

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Bestätigte Fälle (IfSG)	Todesfälle (IfSG)	Genesene*
Aachen & Städteregion Aachen	1.979	94	1.859
Bielefeld	411	5	397
Bochum	568	18	482
Bonn	745	8	720
Borken (Kreis)	1.105	38	972
Bottrop	203	7	189
Coesfeld (Kreis)	861	24	832
Dortmund	783	6	724
Duisburg	1.241	57	994
Düren (Kreis)	601	39	550
Düsseldorf	1.488	33	1.285
Ennepe-Ruhr-Kreis	442	14	406
Essen	873	41	754
Euskirchen (Kreis)	469	21	409

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Bestätigte Fälle (IfSG)	Todesfälle (IfSG)	Genesene*
Gelsenkirchen	430	14	364
Gütersloh (Kreis)	696	20	616
Hagen	330	13	315
Hamm	474	36	429
Heinsberg (Kreis)	1.892	70	1.757
Herford (Kreis)	333	7	323
Herne	202	2	183
Hochsauerlandkreis (Kreis)	609	17	588
Höxter (Kreis)	363	17	325
Kleve (Kreis)	737	36	611
Köln	2.506	99	2.356
Krefeld	642	22	592
Leverkusen	242	5	231
Lippe (Kreis)	744	29	708
Märkischer Kreis	601	30	553
Mettmann (Kreis)	966	79	846
Minden-Lübbecke (Kreis)	489	11	458
Mönchengladbach	634	40	518
Mülheim / Ruhr	216	11	185
Münster	726	13	690
Oberbergischer Kreis	490	18	462

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Bestätigte Fälle (IfSG)	Todesfälle (IfSG)	Genesene*
Oberhausen	266	10	247
Olpe (Kreis)	637	56	568
Paderborn (Kreis)	660	33	578
Recklinghausen (Kreis)	1.297	39	1.212
Remscheid	240	17	219
Rhein-Erft-Kreis	1.100	76	999
Rheinisch-Bergischer Kreis	469	21	430
Rhein-Kreis Neuss	710	20	671
Rhein-Sieg-Kreis	1.442	48	1.355
Siegen-Wittgenstein (Kreis)	314	8	298
Soest (Kreis)	364	8	352
Solingen	255	8	232
Steinfurt (Kreis)	1.339	82	1.229
Unna (Kreis)	680	37	588
Viersen (Kreis)	712	36	644
Warendorf (Kreis)	500	20	464
Wesel (Kreis)	640	26	550
Wuppertal	942	84	794
Gesamt	38.658	1.623	35.113

2. Die größten Probleme in der Stadt Dortmund

Auf die offen, ohne jedwede Vorgaben gestellte Frage nach den größten Problemen in der Stadt Dortmund nennen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt in erster Linie die vielfältigen Verkehrsprobleme und Baustellen der Stadt (46 %).

Es folgen die Probleme der derzeitigen Corona-Krise (17%), der Rechtsextremismus (14 %), die Lage am Arbeitsmarkt (12 %), das soziale Gefälle bzw. die Armut in der Stadt (11 %) sowie die mangelnde Sauberkeit in der Stadt generell und besonders in den Parkanlagen.

Die Verkehrsprobleme und Baustellen sowie der Rechtsextremismus werden insbesondere von den Anhängern der Grünen und der Linkspartei als große Probleme bewertet. Über die Corona-Krise und deren Auswirkungen für die Stadt machen sich überdurchschnittlich häufig die Anhänger der SPD Gedanken.

Die mangelnde Sauberkeit in der Stadt allgemein bzw. in den Parkanlagen sehen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der FDP, der Linkspartei und der AfD als Problem an.

Verkehrsprobleme waren auch schon vor der letzten Kommunalwahl 2014 das für die Dortmunder wichtigste Problem. Die 2014 noch von 30 Prozent als Problem angesehenen Zahl der Ausländer in der Stadt wird dagegen 2020 angesichts der Corona-Krise nur noch von 4 Prozent als großes Problem gesehen. 2020 wird dafür das Ausmaß des Rechtsextremismus auch in Dortmund als Problem empfunden. Auch die Lage am Arbeitsmarkt – 2009 noch für 42 Prozent und 2014 für 24 Prozent als großes Problem in der Stadt genannt –, wird heute von weniger Bürgern (12 %) als Problem empfunden.

Die Zahl der Ausländer in der Stadt stellt lediglich für die Anhänger der AfD in überdurchschnittlichem Maße ein Problem dar.

In der Corona-Krise hat die Stadtverwaltung in Dortmund nach Meinung von 58 Prozent der Befragten bislang alles richtig gemacht. 22 Prozent finden hingegen, einiges sei da nicht so gut gewesen.

20 Prozent trauen sich keine Einschätzung zu.

Dass einiges nicht so gut gewesen sei, meinen am ehesten die Anhänger der FDP und der AfD.

▪ Bewertung der Arbeit der Stadtverwaltung in der Corona-Krise

	Die Stadtverwaltung in Dortmund hat in der Corona-Krise alles richtig gemacht		
	ja	nein, einiges ist nicht so gut gewesen	weiß nicht
	%	%	%
insgesamt	58	22	20
Männer	58	22	20
Frauen	57	23	20
16- bis 29-Jährige	62	19	19
30- bis 44-Jährige	58	27	15
45- bis 59-Jährige	54	24	22
60 Jahre und älter	57	22	21
Anhänger der:			
SPD	69	17	14
CDU	60	22	18
Grünen	58	22	20
FDP	37	33	30
Linke	36	18	46
AfD	29	48	23

Diejenigen, die meinen, bei der bisherigen Arbeit der Stadtverwaltung in der Corona-Krise sei einiges nicht so gut gewesen, wurden gebeten anzugeben, was die Stadtverwaltung aus ihrer Sicht hätte besser machen können.

24 Prozent finden, sie hätte früher oder andere Regelungen treffen können. 22 Prozent hätten sich eine bessere Informationspolitik, 16 Prozent vermehrte Kontrollen zur Einhaltung der Maßnahmen gewünscht.

13 Prozent der Verbesserungsvorschläge beziehen sich auf die Arbeit der Bürgerämter bzw. der Stadtverwaltung, z.B. hinsichtlich deren Erreichbarkeit oder Öffnungszeiten.

10 Prozent bemängeln fehlende Regelungen für Kitas und Schulen.

- Was hätte die Stadtverwaltung besser machen können? *)

	<u>% **)</u>
frühere/andere Regelungen treffen	24
bessere Informationspolitik	22
Kontrollen der Einhaltung der Maßnahmen	16
Arbeit der Bürgerämter/Stadtverwaltung	13
Regelungen für Kitas/Schulen	10
Corona-Tests	6
Überdenken der Lockerungen	6
übereilte Entscheidungen	4
Probleme der Gesundheitsämter	3
Abstimmung Bund/Länder/Kommunen	3

*) Basis: Befragte, die mit der bisherigen Arbeit der Stadtverwaltung in der Corona-Krise nicht zufrieden sind

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

4. Meinungen zu den Informationen der Stadt zur Corona-Pandemie

Drei Viertel der Bürger der Stadt (74 %) fühlen sich durch die Stadt ausreichend über die Corona-Krise, ihre Auswirkungen und die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen und Einschränkungen informiert.

Etwa jeder Vierte (23 %) hätte gerne mehr Informationen erhalten.

▪ Meinungen zu den Informationen der Stadt zur Corona-Pandemie

Es fühlen sich durch die Stadt ausreichend über die Corona-Krise, ihre Auswirkungen und die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen und Einschränkungen informiert

	ja	nein, es hätten gerne mehr Informationen erhalten ^{*)}
	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	74	23
16- bis 29-Jährige	75	24
30- bis 44-Jährige	77	21
45- bis 59-Jährige	70	25
60 Jahre und älter	74	21
Anhänger der:		
SPD	80	18
CDU	72	26
Grünen	74	22
FDP	67	30
Linke	80	20
AfD	57	27

^{*)} an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Von denjenigen, die sich mehr Informationen der Stadt in der Corona-Krise gewünscht hätten, hätten sich 27 Prozent Informationen zum Krisenmanagement bzw. zu Maßnahmen zur Eindämmung von der Stadt gewünscht. 21 Prozent hätten sich allgemein mehr bzw. transparentere Informationen gewünscht, ebenfalls 21 Prozent konkrete Informationen dazu, was verboten und was erlaubt war und ist.

Über mehr Zahlen und Fakten, z.B. zu Fallzahlen in einzelnen Stadtteilen oder zu „Hotspots“ in der Stadt oder zur Struktur der Erkrankten, hätten sich 13 Prozent gefreut.

- Über was wäre man gerne mehr informiert gewesen? *)

	<u>% **)</u>
Krisenmanagement, Maßnahmen zur Eindämmung	27
mehr/transparentere Informationen allgemein	21
Verbote und Erlaubtes	21
Zahlen und Fakten	13
Informationen zu Corona-Tests	8
keine Informationen der Stadt erhalten	8
Krisenmanagement Kitas/Schulen	8
Hilfsangebote für Bürger	5
Auswirkungen der Corona-Krise	3
Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit der Stadtverwaltung	3

*) Basis: Befragte, die gerne mehr Informationen über die Corona-Krise erhalten hätten

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

5. Meinungen zu den Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens

Die jetzt in allen Bundesländern geltenden Beschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens halten zwei Drittel (66 %) der Dortmunder für angemessen.

Nur wenige halten die Beschränkungen für übertrieben (14 %) oder ganz im Gegenteil für nicht ausreichend (19 %).

Für übertrieben halten die Beschränkungen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der FDP und der AfD.

▪ Meinungen zu den Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens

Die in allen Bundesländern geltenden Beschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens halten für

	angemessen %	übertrieben %	nicht ausreichend *) %
insgesamt	66	14	19
Männer	67	15	16
Frauen	64	13	22
16- bis 29-Jährige	67	13	20
30- bis 44-Jährige	58	20	21
45- bis 59-Jährige	65	13	19
60 Jahre und älter	70	12	16
Anhänger der:			
SPD	66	14	19
CDU	79	9	11
Grünen	67	7	25
FDP	51	41	6
Linke	50	14	32
AfD	33	61	6

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Über die Hälfte der Befragten (54 %) glaubt, dass die Dortmunder für die vielen Einschränkungen Verständnis haben und sich daran halten.

42 Prozent allerdings meinen, dass es doch viele Bürger gäbe, die das alles für übertrieben halten und sich nicht daran halten.

▪ Verständnis der Dortmunder für die Einschränkungen?

	Die Dortmunder haben für die vielen Einschränkungen Verständnis und halten sich daran	
	ja %	nein, es gibt doch viele Bürger, die das alles für übertrieben halten und sich nicht daran halten %) %
insgesamt	54	42
Männer	54	42
Frauen	53	43
16- bis 29-Jährige	44	53
30- bis 44-Jährige	51	46
45- bis 59-Jährige	58	38
60 Jahre und älter	59	37
Anhänger der:		
SPD	58	40
CDU	63	33
Grünen	55	42
FDP	59	35
Linke	39	61
AfD	29	61

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Einschränkungen empfindet mehr als jeder fünfte Befragte (22 %) als große Belastung. Für die Hälfte (50 %) sind die Einschränkungen eine nicht so große, für ein Viertel (27 %) so gut wie keine Belastung.

Als große Belastung empfinden vor allem die AfD-Anhänger die Einschränkungen.

▪ Belastung durch die Einschränkungen

Die Einschränkungen empfinden persönlich als

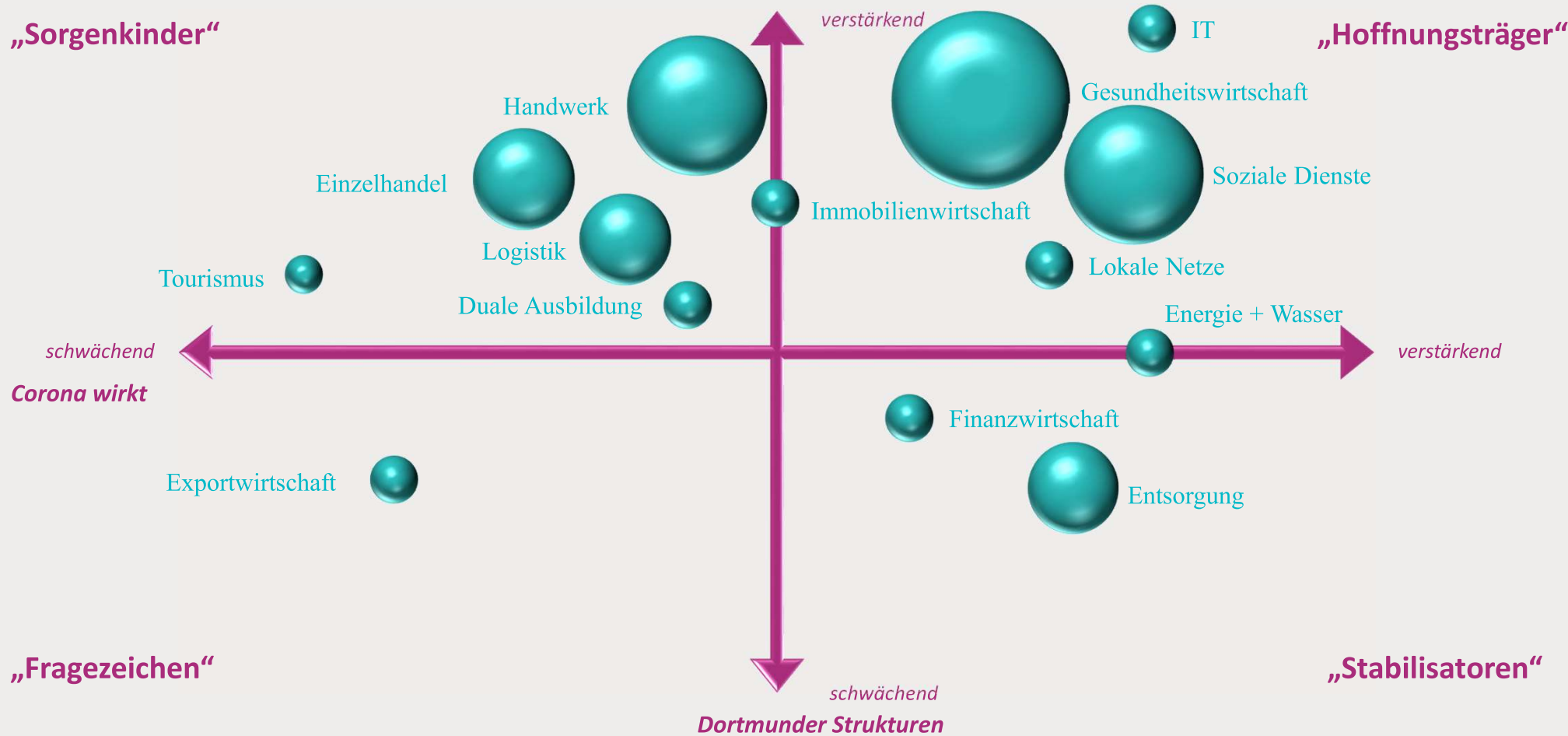
	große Belastung %	nicht so große Belastung %	so gut wie keine Belastung % *)
insgesamt	22	50	27
Männer	19	50	31
Frauen	26	50	24
16- bis 29-Jährige	23	49	27
30- bis 44-Jährige	24	52	23
45- bis 59-Jährige	24	49	27
60 Jahre und älter	18	49	32
Anhänger der:			
SPD	19	51	30
CDU	19	60	21
Grünen	22	47	32
FDP	26	40	34
Linke	33	53	15
AfD	47	43	10

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auswirkungen der Coronakrise

„Sorgenkinder“

„Hoffnungsträger“



Anzahl der COVID-19-Infektionen pro 100.000 Einwohner
 (Vergleichend mit Startzeitpunkt 1 Pers. Pro 100.000)
 - Tag 1 ist für Dortmund der 10.03.2020 -

